

NDR-Intendant klagt gegen seinen Verwaltungsrat

CDU-Mehrheit verfügte Absetzung eines Fernskurses über die Arbeit von Betriebsräte

Von unserem Korrespondenten Dieter Stücker

HAMBURG, 20. April. Der seit langem schwebende Konflikt zwischen den vier CDU-Mitgliedern, im achtköpfigen Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und dem NDR-Intendanten Martin Neuffer (SPD), soll jetzt vor Gericht ausgetragen werden. Neuffer kündigte am Mittwoch in einer Pressekongress-Organisationskonferenz gegen zwei Beschlüsse des NDR-Verwaltungsrates an.

Der Verwaltungsrat hatte die in der bundesdeutschen Rundfunkgeschichte bislang einmaligen Entschließungen gegen die Stimmen der SPD-Ratsmitglieder gefaßt. Den Ausschlag gab entsprechend der Geschäftsordnung dieses Gremiums jeweils die Stimme des Vorsitzenden, des niedersächsischen Kultusministers Remmers (CDU). Im ersten Beschuß wurde die Absetzung der im Dritten Fernsehprogramm ausgestrahlten Kursreihe „Der Betriebsrat“ verlangt, das — so die Begründung — diese Serie „einseitig einer Interessengemeinschaft“ (gemeint sind die Gewerkschaften) diene.

Im zweiten Beschuß wurde festgestellt, daß die Berichterstattung (mit Ausnahme der Nachrichten) über das

geplante Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe in der Zeit vom 15. Oktober bis 26. November letzten Jahres „in einer den Gesamteindruck prägenden Zahl von Programmbeiträgen, insbesondere im Hörfunk“ gegen den Paragraphen 4 des NDR-Staatsvertrages verstoßen habe, der den Sender zu allgemeiner, unabhängiger und objektiver Nachrichtengebung verpflichtete.

Intendant Neuffer erklärte, die CDU-Verwaltungsräte hätten ihren Brokdorf-Antrag zunächst in „höchst dürftiger Form“ mündlich begründet und später in einem Fall ein „in verfälschender Absicht“ verkürztes Hörfunk-Zitat vorgelesen. Eine von der CDU am Montag auf einer Pressekonferenz verteilte Dokumentation angeblicher Verstöße gegen den Staatsvertrag beurteilte Neuffer als „in höherem Maße unzulänglich, irreführend und auch in sich widersprüchlich“. Auch die schließlich im Verwaltungsrat vorgelegte schriftliche Begründung sei nicht schlüssig und trage die behauptete Staatsvertragsverletzung nicht annähernd. Die Beschußfassung im Verwaltungsrat stehe außerhalb jeden Bezugs zur Realität der NDR-Berichterstattung und

diene offensichtlich nur dem Zweck, die Sendungen des NDR in den Dienst speziellen Staatsziele zu stellen und die Kritik an diesen zu verhindern. Neuffer teilte mit, daß sowohl sein Stellvertreter Dietrich Schwartzkopf (CDU) als auch die Programmdirektoren Jäger (parteilos) und Räuber (CDU) den Verwaltungsratsbeschuß ablehnten. Programmdirektor Räuber meinte während der Pressekonferenz allerdings einschränkend, er sehe in der Brokdorf-Berichterstattung seines Senders „eine gewisse journalistische Problematik“, sein Votum beziehe sich auch nur auf das Fernsehprogramm.

Zur Betriebsratsserie erklärte Intendant Neuffer, daß kein CDU-Verwaltungsratsmitglied sich darauf berufen habe, eine der beiden bisher ausgestrahlten Folgen der Serie gesehen zu haben. Auch die restlichen zehn Folgen habe sich niemand vorführen lassen. Der Beschuß zur Absetzung sei allein mit „Gehörtem oder Gesehenem“ begründet worden, dies reiche aber angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Absetzungsweisung nicht aus. Deshalb werde die Sendung weiter ausgestrahlt werden.

Der Intendant räumte ein, daß in der Serie Arbeitgeber nicht auftreten, und deren Interessen nicht berücksichtigt würden. Zum einen hätten es die Arbeitgeber gegenüber dem WDR abgelehnt, in den vom WDR produzierten Teilen der Gesamtserie Stellung zu beziehen, zum anderen wolle die Serie Arbeitnehmern und Betriebsräten bei der Durchführung ihrer Rechte helfen, und dieses Ziel liege noch innerhalb des Programmauftrags für den NDR. Der Absetzungsbeschuß sei nur „in der Scheinform einer Rechtsaufsichtsmaßnahme“ erfolgt und politisch motiviert.

Auch die SPD-Mitglieder im Verwaltungsrat bezeichneten die beiden Beschlüsse als Mißbrauch der Zuständigkeiten und der Kontrollrechte dieses Gremiums. Der NDR-Redakteurausschuß warf den CDU-Verwaltungsräten vor, sie hätten Sonderinteressen vertreten und damit den Staatsvertrag verletzt. Der Verwaltungsrat verstehe sich nicht als satzungsgemäßes Organ des NDR, sondern als Instrument zur Disziplinierung von Journalisten. Er setze damit die Existenz des NDR aufs Spiel.

Rechte wurden „mißbraucht“

Reaktionen auf Beschlüsse des

NDR-Verwaltungsrates

Mit Bestürzung haben Sprecher der SPD, der Gewerkschaften und der Beschäftigten des Norddeutschen Rundfunks auf Beschlüsse des NDR-Verwaltungsrats reagiert, der am Dienstagabend in Hannover den Intendanten der Anstalt, Martin Neuffer, aufgefordert hatte, eine kürzlich angefangene Fernsehserie über die Aufgaben der Betriebsräte vom Programm abzusetzen.

Der Verwaltungsrat, dem vier CDU- und vier SPD-Politiker aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg angehören, hatte entschieden, durch die Serie werde der zwischen den Ländern geschlossene Staatsvertrag über den NDR verletzt. Desgleichen sei der Staatsvertrag durch die Berichterstattung des Senders über die Vorgänge um das Kernkraftwerk Brokdorf verletzt worden. Neuffer habe sicherzustellen, daß der Staatsvertrag künftig bei der Berichterstattung zum Thema Kernenergie beachtet werde. Die SPD-Vertreter stimmten gegen die beiden von der CDU eingebrachten Anträge. Bei Stimmengleichheit gab die Stimme des Verwaltungsratsvorsitzenden, des niedersächsischen Kultusministers Werner Remmers (CDU), den Ausschlag.

Als Sprecher der SPD-Gruppe im Verwaltungsrat erklärte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Niedersächsischen Landtag,

Bernhard Kreibohm, es sei eine „Ungeheuerlichkeit, was da geschehen ist“. Die CDU-Vertreter hätten die Rechte des Verwaltungsrats mißbraucht, zu dessen Kompetenzen es nicht gehöre, in die journalistische Arbeit einzugreifen.

Intendant Martin Neuffer (SPD) bezeichnete die Beschlüsse des Verwaltungsrats als „rechtswidrig“. Die Rundfunk-Fernseh-Union, mit 2000 Mitgliedern die stärkste gewerkschaftliche Vertretung der Beschäftigten des NDR, begrüßte die Erklärung Neuffers. Die RFFU äußerte die Erwartung, daß nicht nur die Betriebsratsserie weiter ausgestrahlt wird, sondern daß sich auch grundsätzlich an der unabhängigen Berichterstattung des NDR nichts ändert.

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier wertete die Beschlüsse des Verwaltungsrates als schwerwiegenden Eingriff in die verfassungsrechtlich verbürgte Rundfunkfreiheit. Insbesondere die Forderung nach Absetzung der Betriebsratsserie stelle einen massiven Versuch dar, die Belange der Arbeiter und Angestellten aus dem Fernsehen zu verbannen.

Ähnlich äußerte sich auch die IG Metall. Ein Vorstandssprecher begrüßte Neuffers Absicht, die Betriebsratsserie nicht aus dem Programm herauszunehmen.